

# Der Sonntagsfahrer: VW am Point of no Return

geschrieben von Admin | 1. Juli 2024

**Ein Flugzeug erreicht bei einem Ozeanflug den „Point of no Return“, wenn der Sprit für den Rückflug nicht mehr reicht und man zwingend zum Zielufer weiterfliegen muss. Das ist die Lage von VW. Am Ziel E-Mobilität ist aber keine Landebahn in Sicht.**

**von Dirk Maxeiner**

„Erst fing die Lehne an zu wackeln, dann brach sie ab“, so berichtete *Spiegel-Online*, „ein Lokführer der Deutschen Bahn musste eine Fahrt nach Karlsruhe unterbrechen, weil der Sitz kaputt ging. Baden-Württembergs Verkehrsminister ist in Sorge“. Da der Sitz im Steuerwagen des Zuges gebrochen und niemand anwesend war, der ihn hätte reparieren können, habe das Zugpersonal längere Zeit versucht, die schiebende, am Zugende fahrende Lokomotive an die Spitze des Zuges zu setzen. Dieser Vorgang sei aber zunächst misslungen, erst nach zwei Stunden ging es auf der Fahrt von Konstanz am Bodensee nach Karlsruhe dann weiter.

Warum der schwäbische Verkehrsminister Winfried Hermann deshalb in Sorge geriet, ist mir nicht ganz klar, es mag aber daran liegen, dass er im Güterbahnhof Rottenburg am Neckar als Sohn eines Bahnspediteurs geboren wurde. „Der Bruch eines Fahrersitzes kann in bestimmten Situationen fatale Folgen haben“, so der Vorzeige-Radfahrer und grüne Fundi Hermann, eine Einschätzung, die zunehmend auch für den Führerstand grüner Ministerien zutrifft.

Ist aber egal. Ich fühlte mich jedenfalls an die kleine Bahn-Episode von vor drei Wochen erinnert, als ich Anfang der Woche aus dem Urlaub zurückkehrte. Es lag aber nicht an Ryanair. Da kann keine Sitzlehne brechen und keiner umfallen, weil der Passagier die Sitzlehne seines Vordermanns zuverlässig mit seinen Knien abstützt, ein Konzept, auf das die Deutsche Bahn sicherlich auch noch kommen wird. Ryanair ist Vorreiter auf dem Felde des Origami-Passagiers, der sich während des Transportes zu einem kleinen Paket zusammenfaltet und erst am Ziel wieder entknäult.

Nein, mich hat es erst vom Hocker gehauen, als ich nach dreiwöchiger Nachrichtenabstinenz am Schreibtisch die Lage im Lande peilte. Wenn der Wahnsinn täglich auf die Schreibtischplatte tröpfelt, gewöhnt man sich daran, und es wirft einen nicht aus der Bahn. Wenn aber der in 20 Tagen akkumulierte Schwachsinn auf einmal aus der Mailbox kippt, dann geht man über Bord wie ein leichtsinniger Kabeljau-Fischer im Sturm vor Neufundland.

Keine Angst, ich werde jetzt nicht zum großen Rundumschlag ausholen (das erledigt morgen früh Claudio Casula mit seiner „Chronik des Irrsinns im Monat Juni“), ich will meine gute Urlaubs-Laune ja noch ein paar Tage bewahren. Da halte ich es mit Luther: „Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz.“ Deshalb wird es hier lediglich um Volkswagen gehen, den an dieser Stelle immer wieder gerne gewürdigten Halb- bis Dreiviertel-Staatskonzern mit dem Hauptwohnsitz Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg-Schillerteich und der schlichten Telefonnummer 053619-0.

## **Am besten keine Autos mehr, sondern „Smart Companions“**

Der VW-Konzern hat sich, ich berichtete mehrfach darüber, von seinem in den deutschen Medien hochgelobten Ex-Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess – hauptberuflich approbierter Visionär – in ein Unternehmen verwandeln lassen, dem der Bau herkömmlicher Automobile eher peinlich ist. Die These des Nobelpreisträgers Milton Friedman, wonach Unternehmen nur dann verantwortlich handeln, wenn sie Gewinne erwirtschaften, gilt seinen Führungskräften nicht mehr als salonfähig. Viel lieber möchte man sich als sozialökologischer Aktivist respektive Kämpfer gegen Rechts in die Herzen der Massen kuscheln – und derjenigen, die die Subventionen verteilen.

Moralisieren, Mahnen, Warnen, Verhindern und Boykottieren sind inzwischen wichtige Börsenfaktoren und der Handel mit heißer Luft für die Karriere förderlicher als der Bau gescheiter Autos. Gemäß der Managementregel „If you can't beat them, join them“ werden Nicht-Regierungsorganisationen aller Art vom progressiven Management geherzt und geknutscht, auf das endlich Friede, Freude Eierkuchen herrsche. Früher bewältigten Manager ihre Midlifecrisis indem sie Golf spielten, lächerliche karierte Hosen und genagelte Mokassins mit Quasten trugen. Heute ruinieren sie Autokonzerne.

VW ist inzwischen ein Unternehmen, dass vermutlich über den „Point of no Return“ hinaus ist. In der Luft und Raumfahrt versteht man darunter einen Punkt, nach dessen Überschreiten der Start nicht mehr abgebrochen werden kann. Ebenso erreicht ein Flugzeug beim Flug über einen Ozean diesen Punkt, wenn der verbleibende Treibstoff für den Rückflug zum Ausgangsufer nicht mehr ausreicht und zwingend bis zum Zielufer weitergeflogen werden muss. Damit ist ziemlich gut die Situation von Volkswagen – und nebenbei bemerkt auch der gegenwärtigen Bundesregierung beschrieben, wobei das erste mit dem zweiten unmittelbar zusammenhängt.

Der ebenso woke wie leicht größenwahnsinnige Diess gab die politisch gern gesehene Parole aus: „alles elektrisch“, am besten keine Autos mehr, sondern „Smart Companions“. Zu diesem Zwecke wurde unter seiner Anleitung die Software-Sparte „CARIAD“ mit 6.000 smarten Gehaltsempfängern geschaffen, die es aber regelmäßig nicht einmal schafften, für neue Modelle eine vernünftige Betriebssoftware

fertigzustellen, weshalb sich deren Markteintritt teilweise um Jahre verzögerte. Immer neue EU-Vorschriften zum Zwecke der Totalüberwachung des Autos und seines Fahrers taten ein Übriges.

„CARIAD entwickelt Lösungen und Produkte, die das Auto zu einem intelligenten Begleiter machen, der den Kunden mit ständigen Updates und neuen digitalen Funktionen auch nach Jahren in die Zukunft begleitet“. So lauteten die Frohmuts-Phrasen aus der Abteilung betreutes Autofahren. Obwohl CARIAD jetzt faktisch die Luft rausgelassen wird, bleiben die „ständigen Updates und neuen digitalen Funktionen“ den VW-Kunden wohl trotzdem nicht erspart.

## **Von der Resterampe der gescheiterten US-Elektroauto-Unternehmen**

Auf der ausgedehnten Resterampe der gescheiterten US-Elektroauto-Unternehmen entdeckten die verzweifelten Wolfsburger die zuverlässig Milliardenverluste produzierende US-Firma *Rivian*, die nun die Software-Probleme der Wolfsburger lösen soll. Volkswagen tauscht die alten Ankündigungsweltmeister deshalb gegen neue Ankündigungsweltmeister aus, weil der Treibstoff – siehe oben – für den Rückflug zum Ausgangsufer nicht mehr ausreicht und zwingend bis zum Zielufer weitergeflogen werden muss, koste es, was es wolle.

Im vergangenen Jahr schrieb *Rivian* einen Nettoverlust von 5,4 Milliarden Dollar, bei jedem ihrer verkauften Elektroschwertransporter machten die Amerikaner 33.000 Dollar Verlust. Je mehr Autos die Verkaufskanonen aus Michigan bauen, desto mehr Geld verbrennen sie, was auf ein besonders kreatives Geschäftsmodell hindeutet. Dem Sugar-Daddy aus Niedersachsen war dies als kleiner Lutscher zum Einstieg gleich mal fünf Milliarden Euro wert. „Durch unsere Zusammenarbeit werden wir die besten Lösungen schneller zu geringeren Kosten in unsere Fahrzeuge bringen“, versprach der neue VW-Chef Oliver Blume.

Das klingt seltsam vertraut. Vom Rivian-Sitz in Plymouth/Michigan sind es genau 31 Meilen Entfernung und eine Stunde Fahrt nach Auburn Hills/Michigan, dem Sitz der Chrysler-Zentrale. Dorthin reiste 1998 Mercedes-Chef Jürgen Schrempp zu einer „Hochzeit im Himmel“ und schuf mit Daimler-Chrysler die „ersten Welt-AG unter deutscher Führung“. Unter großem Applaus aus Politik und Wirtschaft wurden ein Zusammengehen vereinbart und schlecht alternde Jubelbücher verfasst („Die Stunde des Strategen“). Die Hochzeit im Himmel entwickelte sich schon nach kurzer Zeit zu einer deutsch-amerikanischen Massenkeilerei – allerdings ohne Weltsicherheitsrat, den man anrufen konnte.

## **Ausgenommen wie ein Truthahn zu Thanksgiving**

„Zwei Jahre nach der Übernahme entpuppt sich die US-Tochter als überteuertester Bremsklotz“, schrieb *Die Welt*, die Deutschen durften vor

allem Milliarden nachschieben. 2007 war Schluss, nachdem die Schwaben ausgenommen worden waren wie ein Truthahn zu Thanksgiving. Ich wünsche der VW-Besatzung viel Erfolg dabei „die besten Lösungen schneller und zu geringeren Kosten in unsere Fahrzeuge zu bringen“ und eine Landebahn mit ausreichend Fangzäunen am Ende.

Märchentechnisch ist *Rivian* selbstverständlich genau das Richtige für die teutonische Transformations-Seele, weil die irgendwas mit *digital*, „*software first*“, „zonaler Architektur“ und „*Software-Defined-Vehicle*“ machen, *Sustainability* ist ohnehin fest im Satzbau angeschraubt. Hauptsache nix mit Maschinenbau und bezahlbarer Mobilität. Je fantastischer die Erzählung klingt und je höher die Pläne fliegen, desto besser.

Das zeigt eine weitere neue Volkswagen-Liebe, der ebenfalls schwer defizitäre chinesische Elektroauto-Hersteller mit dem beziehungsreichen Namen „Xpeng“, der ebenfalls Betriebssoftware beisteuern soll. Die ist bestimmt sehr avanciert und kann hilfsweise vom chinesischen Ministerium für Staatssicherheit ständig upgedated und mit neuen digitalen Funktionen versehen werden.

Die fantasiebegabten Chinesen schreiben ebenfalls herbe Verluste und zeigen zum Ausgleich schon seit Jahren schöne Bilder und Modelle eines fliegenden Autos, also genau das, was Deutschland angesichts maroder Autobahnen und Brücken braucht. Das Flugauto Evtol fährt vier Arme mit Propellern aus und entschwebt dann nach Art des Söderschen Flugtaxi, vielleicht – vielleicht aber auch nicht. Der längst angekündigte Serienanlauf lässt jedenfalls weiter auf sich warten und wird immer wieder verschoben, so ähnlich wie der Weltuntergangstermin bei den Zeugen Jehovas. Die offenbar sachkundige Publikation „Futurzone“ gendert dazu die güldenen Worte:

*„Wie Xpeng AeroHT das Reichweitenproblem seiner elektrischen Flugautos lösen will, ist nicht bekannt. eVTOL-Fluggeräte sind normalerweise aus den leichtesten Materialien gebaut und haben trotzdem Schwierigkeiten, genügend Akkus mitzuführen, um eine signifikante Reichweite zu erzielen. Bei fliegenden Autos kommt noch dazu, dass das Flugzeug nicht nur das eigene Gewicht und das Gewicht der Passagier\*innen tragen muss, sondern auch das des Autos. Während ein solches Auto zumindest in der Theorie fliegen kann, stellt sich in der Praxis die Frage: Wie weit?“* 2025 soll es so weit sein. Echt jetzt.

## **„Mit sofortiger Wirkung Schluss mit dem Schwachsinn“**

Möglicherweise gibt es für Volkswagen aber auch eine bodenständigere Lösung, für die sich die neue Berliner Verkehrssenatorin als Kooperations-Partnerin anbietet. Ute Bonde ist schwer dafür, in Berlin eine Magnetschwebbahn zu installieren und hat offenbar eine

romantische Ader: „Die Strecke kann mit Solarpanelen versehen werden. Sie sorgt für Verschattung in der Straße. Sie kann begrünt werden, die Schienenführung ist wasserdurchlässig, das Wasser kann verdunsten und bringt einen Kühlungseffekt“. Und die Magnetschwebbahn fahre autonom. Wenn das keine Steilvorlage für Oliver Blume ist: VW könnte seine unverkäuflichen Elektroautos in Schwebbahn-Kabinen transformieren. Durch ein Joint-Venture mit den Berliner Verkehrsbetrieben wird Volkswagen endlich zu einem öffentlichen Verkehrsmittel und damit alles gut.

Dazu passt ein Traum, den ich im Urlaub beim Anblick eines portugiesischen UMM hatte: Alle diejenigen, die sich – warum auch immer – in diesen von Anfang an absehbaren Bullshit haben treiben lassen, sollten es einfach mal mit befreiender Ehrlichkeit probieren. Nach dem Motto: „Ich kann es weder mir noch Ihnen erklären, wie ich so blöd sein konnte, und das auch noch so lange. Aber besser spät als nie: Jetzt ist mit sofortiger Wirkung Schluss mit dem Schwachsinn“. Sie merken, der Sonntagsfahrer ist gut erholt und nicht ohne Hoffnung. Also, liebe Autoindustrie, macht wieder, was ihr seit Jahrzehnten am besten könnt: Gute, bezahlbare, echte Autos bauen. Solche Autos, die die Käufer wollen und nicht bildungsferne Ideologen ohne Geldsorgen und ohne Kontakt zur Realität.

Vielleicht sind vielen Kunden ja bodenständige, möglichst unkomplizierte, langlebige, leicht zu reparierende, nicht fernsteuerbare, nicht vollumfassend überwachte, Nicht-immer-online-Autos deutlich lieber. Wohin die derzeitige Entwicklung allein die vergangenen fünf Jahre geführt hat, sieht man beispielsweise am einst legendär preiswerten Dacia Sandero: Preisexplosion von 6.999 Euro auf mittlerweile gut 13.000. Euro. So wird die epochale T-Modell-Idee von Henry Ford – Massenmotorisierung, Demokratisierung und damit Chancen für alle – rückabgewickelt. Das nennt man Konterrevolution.

**Dirk Maxeiner** ist einer der Herausgeber von Achgut.com. Von ihm ist in der Achgut-Edition erschienen: „Hilfe, mein Hund überholt mich rechts. Bekenntnisse eines Sonntagsfahrers.“ Ideal für Schwarze, Weiße, Rote, Grüne, Gelbe, Blaue, sämtliche Geschlechtsidentitäten sowie Hundebesitzer und Katzenliebhaber, als Zündkerze für jeden Anlass(er). Zu beziehen hier.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

# Schreib´ doch mal einen Bericht über die Klimaleugner-Konferenz...

geschrieben von Admin | 1. Juli 2024

**So oder ähnlich könnte die Aufforderung des Chefredakteurs vom österreichischen „Profil“ an die neue Mitarbeiterin gewesen sein, über die 16. IKEK in Maria Enzersdorf bei Wien zu berichten. Und sie machte sich auf den Weg.**

## Von Michael Limburg

Sie, das ist anscheinend Eva Sager, die seit November 2023 bei Profil arbeitet, wie man bei linked in liest, sogar in Vollzeit und sie ist dort auch zuständig für (nach eigenen Angaben) für Gegenwart, Gesellschaft, Popkultur, Philosophie.

Sie hat, nach unserer Meinung, von Tuten und Blasen von diesen Themen, zwar keine Ahnung, aber für jemanden, der für Gegenwart, Gesellschaft, Popkultur, Philosophie verantwortlich ist, war sie bei der 16. Internationalen Konferenz für Energie und Klima (IKEK) gerade richtig. Meint sie. Die Firma bezahlte ihr also die Eintrittsgebühr, und nach einigem Hin- und Her wurde sie dann auch hereingelassen. Sie schreibt dazu

„Nach einer kurzen Beratung haben die Gastgeber dann doch „nichts zu verbergen“ – Goodie-Bag, Namensschild, herzlich Willkommen.“

Warum auch nicht? Wir hatten schon so viele „Medienvertreter“ an Bord oder bei anderen Gelegenheiten, dass wir diesen vermuteten Verriss gerne aushalten. Nur „keine Reklame ist schlechte Reklame“, pflegt der Österreicher Karl Kraus zu sagen, Und so ist es.

Nur diese war deswegen etwas Besonderes, weil sie sich nicht sehr lange bei den Vorträgen aufhielt, die waren ihr, unserer Meinung nach, offensichtlich zu hoch. Sie hingegen tat etwas sehr weibliches. Sie wollte einkaufen. Nicht direkt, sondern über einen Versandhandel. Denn wir erwischten Sie dabei, wie sie in einem Nebenraum, einen Sessel malträtierte, wie man es so macht, wenn man auf die Möbel keine Rücksicht nimmt, pfläzte sich darauf und guckte nicht etwa nach dem Vortrag von Prof. Will Happer zu, der am Bildschirm zu sehen war, sondern in ihr Handy. Und was guckte sie dort, sie guckte nach Taschen, die ihr offensichtlich gut gefielen. Wir wissen nicht, ob sie eine oder mehrere davon erworben hat, aber dass sie kein Auge für den Vortrag von Prof. Will Happer hat, dass wissen wir.

Nun war da ja noch ihr vermuteter Auftrag ... „Schreib´ doch mal einen Bericht über die Klimaleugner-Konferenz“ und das tat sie dann

irgendwann. Man kann ihn in weniger als einer Stunde aus dem Internet zusammen klaben, angefüllt mit uralten Fremdzitaten die irgendjemand zu irgendjemand irgendwann gesagt hatte. Kein Problem.

Ein bisschen schwerer tat sie sich dann schon bei dem Nobelpreisträger Prof. John F. Clauser. Offensichtlich wollte sie ihn nicht interviewen, denn eine Anfrage dazu gab es nicht. Denn dann hätte sie ja zumindest so tun müssen, als hätte sie sachkundige Fragen vorbereitet und gestellt. Nein, nichts davon. Hätte sie auch nicht gekonnt. Stattdessen verlegte Sie sich auf den üblichen Satz:

*„Clauser ist kein Klimawissenschaftler, er hat in seiner Karriere keine einzige von Fachleuten begutachtete Studie zum Thema Klimawandel publiziert.“*

Na sowas? Wetter ist ständig erlebbar Physik, das weiß ein jeder, während Klima, als theoretisches Konstrukt, statistische Mathematik ist. Und wer sollte das besser unterscheiden können, als ein Physiknobelpreisträger, der seinen Nobelpreis dafür erhielt, zusammen mit Alain Aspect und Anton Zeilinger für Experimente mit verschränkten Photonen, den Nachweis der Verletzung der Bell-Ungleichungen (EPR Paradoxon) und die Pionierarbeit in der Quanteninformationswissenschaft. Und er hat nun klar erkannt, dass die "Klimawissenschaft sich zu schockjournalistischer Pseudowissenschaft entwickelt" hatte.

Ihr sei auch gesagt, dass auch die Säulenheiligen der Klimahysterie bspw. Prof. Rahmstorf, der Physik studiert und in Ozeanographie promovierte und vor allem immer wieder durch Vorhersagen zum baldigen Ende des Golfstromes auffällt, oder immer noch den sogenannten Hockeystick von Michael Mann und Cie immer für richtige Klima-Wissenschaft hält, oder „John“ Schellnhuber, der in theoretischer Physik promovierte und Festkörper-Physik lehrte u.a. Quantenmechanik. Er ist unter anderem auch Autor des Buches „Selbstverbrennung“. Mehr Hysterie geht gar nicht. Oder gar den Prof. Ottmar Edenhofer der Volkswirtschaftslehre in München studiert hat, und darin auch promoviert hatte. Und der ganz frank und frei äußerte:

*Aber man muss klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.“*

Oder, der ebenso frei äußerte, wozu die Klimagesetze nötig sind:

*Sie sollen rentablen Technologien Klötze ans Bein binden, neuen grünen Technologien uneinholbare Vorteile verschaffen. (Heft „et“ – Energiewirtschaftliche Tagesfragen 5- 2007)*

Nun, mit diesen Leuten ist Eva Sager, zuständig für Gegenwart, Gesellschaft, Popkultur, Philosophie, richtig gut aufgehoben. Wir sagen nur: Weiter so!

---

# **C02-Abgaben fördern Deindustrialisierung und Betrug**

geschrieben von Admin | 1. Juli 2024

**Die unsinnigen Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen vertreiben die Industrie und erhöhen die Preise. Profiteure verdienen, während das Volk verarmt. Betrug steigert die Profite.**

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB e.V.  
Stromverbraucherschutz**

Zur Durchsetzung der Energiewende soll Strom aus fossilen Brennstoffen durch Abgaben und Steuern über die Vergütungskosten von Strom aus Wind, Sonne und Biomasse verteuert werden. Die Verteuerung erfolgt über Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Brennstoffen. Diese Emissionen seien klimaschädlich, wird uns ständig durch fast alle Medien ohne Beweise eingehämmert. So soll die Energiewende in „marktwirtschaftliche“ Bahnen gelenkt werden. Doch diese Maßnahmen sind selbst ein massiver Eingriff in die Marktwirtschaft. Sie verhindern eine sinnvolle und bezahlbare Energieversorgung.

## **Planbarer Kraftwerkstrom und „grüner“ Zufallsstrom sind nicht vergleichbar**

Unsinnig ist die Gleichstellung von planbarem Strom aus Kraftwerken und Zufallsstrom aus Wind, Sonne und Biomasse. Man kann nicht Kartoffeln mit Erdbeeren vergleichen. Beide dienen der Ernährung. Doch Kartoffeln kann man über ein Jahr lagern und bei Bedarf nutzen. Teure Erdbeeren verderben dagegen nach wenigen Tagen. Sie sind als Grundnahrung nicht geeignet. Wird über den Bedarf geerntet, sinkt der Preis und es fallen Entsorgungskosten an. Möchte man Erdbeeren bis zur nächsten Ernte haben, müssen sie tiefgefroren konserviert werden und erleiden einen deutlichen Qualitätsverlust.

Eine Energiewende setzt zwingend gleiche Stromqualität voraus. Doch der vom Wetter abhängige Zufallsstrom aus Wind, Sonne und Biomasse kann selbst kein stabiles Netz bilden. Er kann nur in ein von Kraftwerken geregeltes Netz bis zu einem Anteil von 55 Prozent eingespeist werden. Eine Vollversorgung durch den Zufallsstrom wäre nur möglich, wenn es ausreichend große Stromspeicher gäbe. Die sind jedoch nicht vorstellbar. (Alle vollen Speicher von Deutschland decken den Strombedarf noch nicht einmal eine Stunde). Doch die grüne ideologische Energiepolitik will die Energiewende fortsetzen und eine Versorgung nur mit dem Zufallsstrom erreichen. Das ist technisch und wirtschaftlich unsinnig. Der

Zufallsstrom sollte daher als FAKEPOWER bezeichnet werden (Fake = Täuschung).

## **EEG-Einspeisevergütung und CO<sub>2</sub>-Bepreisung treiben Strompreise hoch**

Dr. Veronika Grimm, Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweisen) plädiert seit Jahren für eine Bepreisung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Brennstoffen als „marktwirtschaftliches“ Instrument zur Durchsetzung der Energiewende. Sie, wie auch viele Politiker in Deutschland und in der Welt, dürfte zu den Profiteuren der Energiewende gehören, die für Profite ihr Sachwissen verleugnen. Eine andere Erklärung für die weltweite Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist kaum möglich.

Dazu wird uns ständig von fast allen Medien eingehämmert, CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Brennstoffen würden die Erde aufheizen und immer mehr Klimakatastrophen verursachen. Daher müssten wir für CO<sub>2</sub>-Emissionen zahlen, um mit dem Geld Klimaschutzprojekte in aller Welt zu finanzieren. Es geht um Angstmache, denn physikalisch belegbare Fakten für diese Behauptungen gibt es nicht. Viele Länder haben erkannt, mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung zum Klimaschutz können die staatlichen Einnahmen ohne offizielle Steuererhöhungen vergrößert werden. So singen sie das Lied vom Klimaschutz und bieten CO<sub>2</sub>-Zertifikate an, die zur Emission von einer Tonne CO<sub>2</sub> berechtigen. (1 Tonne Kohle wird zu etwa 3 Tonnen CO<sub>2</sub>). Die Kosten der Zertifikate liegen zurzeit bei 80 Euro/Tonne CO<sub>2</sub>. Eine Tonne Importkohle wird so von 100 Euro auf 340 verteuert.

## **Fragwürde CO<sub>2</sub>-Zertifikate**

Für einen Grundbedarf gibt der Staat kostenlos Zertifikate an Kraftwerke und Industriebetriebe, die Jahr für Jahr reduziert werden. Für einen Mehrbedarf müssen Zertifikate zugekauft werden. Nicht benötigte Zertifikate können verkauft werden. Ein weltweiter Markt für die politisch eingeführten Zertifikate ist entstanden.

Neben dem Staat können auch andere Organisationen Zertifikate erschaffen, wenn sie CO<sub>2</sub>-Einsparungen nachweisen. So gelten Elektro-Autos als emissionsfrei. Mit Ihnen sinkt der CO<sub>2</sub>-Flottenausstoß der Hersteller, der von der EU inzwischen auf Grenzwerte unter die physikalischen Möglichkeiten abgesenkt wurde. Mit Elektro-Autos können die Hersteller EU-Strafen vermeiden. Aus diesem Grund produzieren sie unwirtschaftliche Batterie-Autos, die mit Strom fahren, der zu mehr als 50 Prozent aus Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen stammt.

Auch die Besitzer von Elektro-Autos können auf Antrag an die Deutsche Emissionshandelsstelle, eine Abteilung im Umweltbundesamt, für ihr angeblich emissionsfreies Fahrzeug Zertifikate im Wert von einigen hundert Euro pro Jahr erhalten. Hilfreiche Agenturen kümmern sich gegen gutes Honorar um die Beschaffung und Vermarktung der Zertifikate. Eine neue unnötige Organisation ist entstanden.

Zertifikate gibt es auch, wenn CO<sub>2</sub> gespeichert wird. Hier kommen vor allem die Wälder ins Spiel. Wird ein abgeholzter Wald wieder aufgeforstet, gibt es Zertifikate. Wird die Abholzung eines Waldes verhindert, gibt es gleichfalls Zertifikate. Dies will das Öl-Emirat Katar im großen Stil nutzen. Es hat sich den Zugriff großer Waldflächen in einigen afrikanischen Ländern gesichert, um so Zertifikate zu erwerben.

Die Zertifikate werden auf Antrag von Zertifizierungsstellen ausgegeben. Häufig übernehmen diese Organisationen auch die Vermarktung. Die Zertifikate werden weltweit an Firmen verkauft, die über gesetzlich festgelegte Grenzwerte hinaus CO<sub>2</sub> emittieren. Eine Reihe von Firmen kompensieren ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Zertifikaten, damit sie mit den Schlagworten „grün“ und „klimaneutral“ werben dürfen. Für die Erlaubnis ist auch wieder eine Zulassungsstelle zuständig.

Viele Projekte in der Welt zum angeblichen Klimaschutz werden von Deutschland finanziert. Federführend ist das Umweltministerium. Es werden viele Milliarden Euro im Jahr aufgewendet. Doch Erfolgskontrollen sind rar. Das meiste Geld verschwindet ohne klaren Verwendungs- und Erfolgsnachweis. Die Forderungen des Bundesrechnungshofes nach Erfolgskontrollen der Maßnahmen zur Energiewende und zum Klimaschutz wurden nicht befolgt. Diese Situation ist der Nährboden für zunehmenden Betrug. Betrogen wird bei der Durchführung von „Klimaschutzmaßnahmen“, die zum Teil nur gemeldet, aber nicht ausgeführt wurden. Betrogen wird aber auch beim Generieren von Zertifikaten, denn bei vielen Projekten kann eine CO<sub>2</sub>-Einsparung nur geschätzt werden. Profiteure kassieren an dem System Millionen bis Milliarden.

## **50 Milliarden für wirkungslosen Klimaschutz**

Dem Steuerzahler und Energieverbraucher kosten allein die Abgaben zur Minderung der für den Klimaschutz wirkungslosen CO<sub>2</sub>-Emissionen rund 50 Milliarden Euro im Jahr. Darunter sind 20 Milliarden für EEG-Einspeisevergütungen, fast 8 Milliarden durch die CO<sub>2</sub>-Maut, 16 Milliarden durch CO<sub>2</sub>-Steuern auf Brenn- und Treibstoff und 4,5 Milliarden für Weltklimaprojekte. Dazu kommen die Kosten für die vielen Organisationen und Verwaltungen, die angeblich das Klima retten. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist der Hauptkostentreiber für Energie und muss umgehend abgeschafft werden. Die steigenden Energiekosten erhöhen die Preise für Waren und Dienstleistungen und mindern die Kaufkraft. Mit dieser Politik ist Deutschland auf dem Weg zu einem Entwicklungsland.

## Fakten bewerten

Wenn wir ein erfolgreiches Industrieland bleiben wollen, muss die Energiepolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Es müssen Fakten bewertet werden, statt an Ideologien zu glauben. Dazu helfen die Forderungen vom Stromverbraucherschutz NAEB:

1. Klimawandel hinnehmen, EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden.
2. Nord-Stream reaktivieren, ggf. Neubau – Kein unsinniges Wasserstoff Experiment.
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO2-Langzeitspeicherung (CCS).
4. CO2-Steuer beenden, Klima-Schutz-Gesetz aussetzen, Klima- und Transform.-Fonds

auflösen.

5. kein Heizungsverbot / Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt

GEG.

6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen.

---

## Mit neuen Wunderwaffen gegen das Energiewende-Desaster

geschrieben von Admin | 1. Juli 2024

**Die Grünen arbeiten verzweifelt am Endsieg der grünen Politik. Sie versprechen, dass er bald kommen wird. Sie brauchen nur genug Zeit und Geld. Dabei fallen sie auch immer wieder auf Betrüger rein – und lernen trotzdem nicht aus ihren Fehlern.**

Manfred Haferburg

Die Energiewende ist gescheitert, das sieht jeder, der Augen und Ohren am Kopf hat und in der Schule Physik und Mathematik nicht abgewählt hat. Eine halbe Billion Euro wurde verschwendet, und Deutschland liegt bei dem Kohlenstoff-Ausstoß pro Kilowattstunde auf dem vorletzten Platz in

Europa. Jede deutsche Kilowattstunde stößt achtmal soviel CO<sub>2</sub> aus wie eine französische. Was nun nur noch die Energiewende zum Endsieg führen kann, sind die berühmt berüchtigten Wunderwaffen. Und zum Glück gibt es die geradezu reihenweise, zumindest in der Energiewende-Propaganda der Hauptstrommedien.

Was haben die grünen Journalisten und Politiker nicht alles schon für Wunderwaffen gegen das Energiewende-Desaster bejubelt. Meist werden die Fake-Energieerzeuger oder Fake-Speicher mit dem hochtrabenden Namen von irgendeiner Universität behängt, damit es seriöser aussieht. In Wahrheit sind diese Meldungen nichts als Durchhalte-Propaganda. Die verdeckte Botschaft ist immer: „Macht Euch keine Sorgen, bald wird etwas erfunden, das der Energiewende doch noch zum Endsieg verhilft“. Die Wunderwaffen-Erfinder sind meist schlichte Abgreifer von Subventionen. Früher hätte man sie eher als Alchimisten bezeichnet. Die Alchimisten wollten alles Mögliche in Gold umwandeln. Die Energie-Alchimisten versprechen hingegen, alles Mögliche in Strom umzuwandeln. Gold oder Strom – ganz bald, es braucht nur noch etwas mehr Zeit und Geld.

Da war die Solarzelle, die aus Mondlicht Strom herstellen konnte, ein Wiedergänger der Schusterkugel, erfunden von einem Architekten, der offenbar in der Schule die Physik abgewählt hat. André Brösel, der in Barcelona lebt, hat vor Jahren damit begonnen, Solarkugeln zu entwickeln, die nicht nur bei direkter Sonneneinstrahlung, sondern auch bei bewölktem Himmel und sogar bei Mondlicht Strom erzeugen können. Mit einer Crowd-Funding-Kampagne sammelte er das benötigte Start-Kapital von anderen Deppen im Internet ein, um die Kollektoren mit seiner Firma *Rawlemon* zur Marktreife zu bringen. Laut einschlägiger Zeitungsartikel soll es sogar möglich gewesen sein, bei Mondlicht damit ein Handy zu laden. Man hat nie wieder etwas davon gehört. Das Geld ist leider weg.

## **Herr, bitte lass es Hirn über Kalifornien regnen**

Oder Forscher der Stanford Universität haben ein Solarpaneel entwickelt, „welches nachts die vom Paneel abgestrahlten Photonen zur Stromerzeugung nutzt“, so jedenfalls Sid Assaworrorit vom universitären Forscherteam. Dieser Energiefluss ermöglicht es einer „speziellen Apparatur“, die Assaworrorit und seine Kollegen entwickelt haben, mit einem handelsüblichen Solarmodul eine „kleine Menge“ Strom aus dem geringen Temperaturunterschied zwischen der Umgebungsluft und der Oberfläche des Solarpaneels zu erzeugen. Das Modul muss dazu allerdings mit einem „thermoelektrischen Generator“ ausgestattet sein. Dieser sei dafür zuständig, die Wärme, die von der wärmeren Luft zum kühleren Solarmodul fließt, aufzufangen und in Strom umzuwandeln. Es handelt sich zweifelsfrei um einen Durchbruch bei der Erfindung des Perpetuum mobile an der ehrwürdigen Stanford Universität. Ob man damit ein Telefon laden kann, wird eher nicht gesagt. Herr, bitte lass es Hirn über Kalifornien regnen.

Da schimmerte am Energiewende-Wunderwaffenhimmel die Fassade, die aus Kunststofffransen durch Windrascheln Strom erzeugt auf. Die recht ansehnliche junge Südafrikanerin Charlotte Slingsby hat ein Verfahren erfunden, das „Hausfassaden zu Kraftwerken macht“. Ihre Plastikfransen erzeugen mit einem „raffinierten Effekt“ Strom. Das Stromerzeugungsmaterial, es raschelt, ist biegsam und extrem leicht. Alles Eigenschaften, die man nicht unbedingt einem Kraftwerk zuschreiben würde. Doch „Moya“, ein transparenter Vorhang aus Plastik und Elektronik, ist genau das – ein kleines Kraftwerk für den Hausgebrauch, das Wind durch elektrostatische Aufladung in Strom umwandelt. Das funktioniert ungefähr so, als wenn sich ein Kunststoffhemd durch die Bewegung auflädt. Damit soll dann das Haus mit Strom versorgt werden. Wann der große Durchbruch erfolgt? Hier heißt es nur: bald. Und bald ist längst passé, ohne dass man wieder etwas davon gehört hätte.

Dann wurde der grandiose Fernseher erfunden, der Strom erzeugt. Erfunden von dem Erfinder Maxwell Chikumbutso, der schon durch die Erfindung eines Elektroautos Furore gemacht hatte, welches nicht aufgeladen zu werden brauchte. Die Erfindung führte zu nichts weiter als einer Blamage der allzu leichtgläubigen und man muss leider sagen, auch naturwissenschaftlich völlig ungebildeten Journalisten, die das in den Medien bejubelten. Die Journalisten waren aber nicht nur von der Erfindung überzeugt – sie übernahmen sogar freudig die Erzählung, wonach die „revolutionäre Erfindung“ sich nur deshalb nicht durchgesetzt habe, weil sie aus Afrika stamme und Erfindungen von dort durch alte weiße Kolonialisten entweder gestohlen oder unterdrückt würden.

## **Der grüne Hauptmann von Köpenick**

Lernen Journalisten aus solchen Blamagen? Natürlich nicht. Ein grüner Hauptmann von Köpenick sahnte 100.000 Dollar Preisgeld ab: *„Jeremiah Thoronka, a 21-year-old Sierra Leonean student, who invented a device that uses kinetic energy from traffic and pedestrians to generate clean power, has won the 2021 Chegg.org Global Student Prize. The prize is worth \$100,000“*. („Jeremiah Thoronka, ein 21-jähriger Student aus Sierra Leone, der ein Gerät erfunden hat, das die kinetische Energie von Verkehr und Fußgängern zur Erzeugung von sauberem Strom nutzt, hat den Chegg.org Global Student Prize 2021 gewonnen. Der Preis ist mit 100.000 Dollar dotiert.) Da wollten die deutschen Grünen nicht zurückstehen und überreichten dem genialen „Erfinder“ aus Sierra Leone ihren Preis, den „Green-Tech-Award“. Er wurde von der internationalen grünen Blase so hochgejubelt, dass er sogar dem Papst seine Aufwartung machen konnte.

Leider hatte der grüne Hauptmann von Köpenick nichts weiter erfunden als die Umsetzung seiner bahnbrechenden Erfindung in die Praxis.

In der Pressemitteilung des Greentech-Festivals betreffs der Preisverleihung hieß es zur Begründung der Vergabe des Green Awards an Jeremia Thoronka: *„Jeremiah war 17, als er ein spezielles Gerät erfand, das die Vibrationen von Fußgängern und Verkehr an belebten Straßen*

*auffängt und in Elektrizität umwandelt. Mit nur zwei Geräten versorgt sein Start-up Optim Energy mittlerweile mehrere Schulen und Haushalte in Gemeinden in seinem Heimatland Sierra Leone kostenlos mit Strom.“*

## **Bei Dr. Habeck wundert mich gar nichts mehr**

*Die Preisverleihung war ein Schaulaufen der grünen Blase: „Am Green Carpet begrüßten die GTF Gründer Marco Voigt und Nico Rosberg gemeinsam mit Co-Initiatorin Alexia Osswald u.a. die Sportler:innen Malaika Mihambo, Kristina Vogel und Arne Friedrich, die Moderator:innen Annabelle Mandeng, Nina Eichinger, Dr. Eckart von Hirschhausen, Steven Gätjen und Dirk Steffens sowie TikTok Star Younes Zarou. Darüber hinaus waren auch die Schauspieler:innen Natalia Avelon, Eva Mona Rodekirchen, Anne Menden und Timur Bartels sowie die Models Eva Padberg und Franziska Knuppe vor Ort. Über den Green Carpet liefen zudem Google CSO Kate Brandt sowie Deutsche Bahn Vorstandsvorsitzender Dr. Richard Lutz“. Wahrscheinlich wollte der Bahnchef das junge Genie für seinen Konzern gewinnen, da hätte er hingepasst.*

*Eine 55-köpfige Jury hatte die Preisträger ausgewählt, und keiner kam auf die Idee, dass man mit piezoelektrischen Quellen niemals so viel Strom erzeugen könnte, dass man „mehrere Schulen und Haushalte in Gemeinden mit kostenlosem Strom versorgen könnte. In einem Video war davon die Rede, dass es 150 Haushalte mit 1.500 Menschen und 15 Schulen mit mehr als 9.000 Schülern seien. Es gab und gibt keinen Nachweis, dass das hochgelobte Projekt überhaupt existiert.*

*Die Pressemitteilung des Green-Tech-Festivals tönt wohlgegendert: „Die Entscheidung wurde von der 55-köpfigen Jury getroffen, die in einer Jurysitzung zuvor die Gewinner:innen ermittelte. Begleitet wurde der gesamte Wettbewerbsprozess von GTF Knowledge Partner Boston Consulting Group. Als Highlight des Abends hielt Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck eine emotionale Rede mit dem dringenden Appell jetzt sofort ins Handeln zu kommen, statt Ausreden für das Abwarten zu finden.“ Bei Dr. Habeck wundert mich gar nichts mehr, aber die Boston Consulting Group fällt auf so einen Schwindel rein? Man mag es nicht glauben.*

*Alexander Wendt hat dazu einen aufschlussreichen Artikel auf Tichys Einblick veröffentlicht.*

## **Das Projekt existiert nicht**

*Am 22. Juni 2023 veröffentlichte das „Green-Tech-Festival“ dann doch eine schmallippige Stellungnahme zu dem Skandal mit einer äußerst fadenscheinigen Ausrede: „Das Projekt Optim Energy lief von 2017 bis 2021 und ließ sich nicht mehr vor Ort besichtigen. Jeremiah Thoronka erlangte als Person eine weltweite Aufmerksamkeit (u.a. TED, UNDP, Global Student Prize, BBC). In der Jury wurden während des*

*Auswahlprozesses Herausforderungen in Bezug auf sein Projekt erörtert. Es wurde festgestellt, dass der Empfänger, vor allem durch sein hohes Engagement in so jungen Jahren und seine Vorbildfunktion in seinem Heimatland, die Kriterien der Kategorie Youngster erfüllt. Im Rahmen der Preisverleihung haben wir Jeremiah Thoronka als einen jungen Menschen kennengelernt, der viele für das Thema der Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen sensibilisieren und begeistern kann“.*

In einfache Sprache übersetzt, heißt das: „Das Projekt existiert nicht. Wir haben das nicht gemerkt. Aber Jeremiah ist bei den Grünen sehr berühmt, obwohl er ein Betrüger ist. Er klingt so begeistert, dass andere auch so etwas machen möchten. Und es hätte ja sein können. Wir fanden ihn sehr sympathisch“.

Aber der Skandal über die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der ganzen grünen „Green-Tech-Award“-Blase fand nicht den Weg in die Hauptstrommedien. So können sie weiter dilettieren und brauchen sich nicht vor einer informierten Öffentlichkeit zu fürchten.

## **Ein großes Problem der Energiewende gelöst?**

Und nun ist es abermals wieder soweit. Diesmal werden wieder Wissenschaftler der *Chalmers University of Technology* in Schweden bemüht. Ich selbst habe dort viele Jahre Gastvorlesungen für die auszubildenden Kernphysiker gehalten. Seit vier Jahren existiert der Lehrgang aber nicht mehr. Die neuen Wissenschaftler an der Chalmers haben angeblich eine innovative Lösung gefunden, wie ein großes Problem der Erneuerbaren gelöst wird: *„Mit neuer Batterie lösen Forscher ein Problem der Erneuerbaren. Erneuerbare Energien wappnen sich für die Zukunft. Denn: Windräder könnten künftig ihren eigenen Strom speichern. Forscher haben eine Möglichkeit gefunden, wie die Rotorblätter selbst als Akku dienen können“.*

Der Autor des Jubelartikels gibt zwar zu, dass die Karbonbatterien in puncto Leistung noch nicht mit herkömmlichen Lithium-Ionen-Akkus mithalten können, dafür sind sie aber sehr leicht. Auch wenn man die Carbon-Batterien nicht mit den Li-Ionen-Akkus vergleichen kann, solche Batterie-Rotoren wird es genauso wenig geben wie ein Elektrofahrrad, das seine Energie im Karbonrahmen speichern kann.

Ein großes Problem der Energiewende gelöst? Dieser Wunderwaffen-Artikel spielt in puncto Physik in der gleichen Liga wie Annalenas Tiefkühlhähnchen zur Stromerzeugung. Deshalb gibt der Artikel auch keinerlei Zahlen bekannt, z.B. wie viel Strom kann pro Kilogramm in der Carbon-Batterie gespeichert werden? Mit Sicherheit jedoch nicht genug. Das sind höchstens „Laborspeicher“, von denen wir nie wieder etwas hören werden. Es sei denn, sie tauchen im Spielzeug-Elektrobaukasten für Kinder neben dem stromerzeugenden Apfel auf.

## **Die letzten fünf Kilometer sind die schwersten**

Die grünen Journalisten und Politiker haben keine Ahnung von den Größenordnungen, über die sie sprechen und schreiben. Da werden Giga-, Mega- und Kilowatt nur so durch die Luft jongliert. Weil in ihrem Kopf keine Ordnung über Größen herrscht, weder physikalische noch ökonomische Größen. So entstehen der Größenwahn und die Machbarkeitsphantasien der Energiewender.

Aber vielleicht können ja die Windräder bald ein weiteres Problem der Landschaftszerstörung durch die Energiewende lösen, indem sie mit Hilfe der in ihren Rotoren gespeicherten Energie wie Hubschrauber von allein zu ihren Standorten fliegen. Oder sie wandeln den gespeicherten Strom in Drehbewegung ihrer Flügel um und treiben so die Windparks bei Windstille an.

Liebe Energiewende-Skeptiker, die nächste Wunderwaffe zur endgültigen Rettung der Energiewende kommt bestimmt. Alles wird gut. Sagte Herr Dr. Habeck doch jüngst: *„Wenn wir in dem Tempo weitermachen, dann haben wir es geschafft. Wir biegen jetzt ein auf die Zielerreichungspfade.“* Er sagte dies im Angesicht der Tatsache, dass die „Erneuerbaren“ zwar fast 50 Prozent des Stroms erzeugen – meist dann, wenn er nicht gebraucht wird – aber erst weniger als 17 Prozent der benötigten Primärenergie. Das ist etwa so, als würde ein Marathon-Läufer bei der Fünf-Kilometer-Marke jubeln: „Hurra, ich bin auf der Zielgeraden“, obwohl er noch 37 km vor sich hat. Und für die, welche noch nie einen Marathon probiert haben: Die letzten fünf Kilometer sind die schwersten.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

## **Frankreich: Wenn auch auf die Kernenergie kein Verlass mehr ist**

geschrieben von Admin | 1. Juli 2024

**Der unsichere Ausgang der Neuwahlen lässt die Energiepolitik in den Hintergrund treten**

**Edgar L. Gärtner**

De Franzosen haben nach der überraschenden Auflösung ihrer

Nationalversammlung nach den für die Präsidenten-Partei „Renaissance“ verlorenen Wahlen zum EU-Parlament offenbar ganz andere Sorgen als die sichere Elektrizitätsversorgung. Das ist wohl die einfachste Erklärung für das Desinteresse an einem viele Jahre lang mit Ungeduld erwarteten Ereignis. Es handelt sich um die Inbetriebnahme des ersten Evolutionary Power Reactors (EPR) mit einer Nettoleistung von 1.600 Megawatt (MW) auf französischem Boden. Zwar arbeiten in Frankreich entworfene EPR-KKW nun schon seit Jahren in der Volksrepublik China. Und ein ebenfalls von französischen Reaktorbaufirmen konzipierter EPR ging inzwischen, wenn auch verspätet, in Finnland in Betrieb. Aber das erste rein französische EPR-Projekt neben älteren Druckwasserreaktoren beim normannischen Flamanville wollte und wollte nicht vorwärts kommen.

Schon im Jahre 2007 wurde mit dem Bau des neuartigen Reaktors begonnen. Seine Baukosten wurden zunächst auf 3,3 Milliarden Euro veranschlagt. Ursprünglich hätte der Reaktor nach fünf Jahren fertig sein sollen. Doch schon bald wurde die Bauzeit um ein Jahr verlängert. Die Inbetriebnahme des EPR wurde zunächst für 2014, dann für 2015 angekündigt. Die Baukosten stiegen auf über 6 Milliarden Euro. Doch das bedeutete noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Zunächst wurde die Inbetriebnahme der EPR auf 2017 verschoben, die Kostenplanung auf 8,5 Milliarden angehoben. Dann schlug die überwiegend von Kernkraftgegnern besetzte französische Atomsicherheitsbehörde ASN wegen Materialfehlern bzw. Rissen im Druckbehälter und mangelhaften Schweißnähten Alarm (siehe meinen inzwischen teilweise überholten Bericht auf dieser Plattform.) Der staatliche Stromkonzern EDF sah sich gezwungen, alle Reaktoren einem Kostspieligen und Zeit raubenden Überprüfungs- und Sanierungsprogramm zu unterziehen. Die Inbetriebnahme des EPR von Flamanville wurde auf Ende 2022 verschoben. Doch auch daraus wurde es nichts. Mit einer Zeitverzögerung von sage und schiebe 12 Jahren begann die Installation der Brennstäbe erst in diesem Frühjahr.

Der Netzanschluss des neuen Reaktors sollte eigentlich im Laufe dieses Frühsommers gefeiert werden. Emmanuel Macrons Berater hatten schon einen Auftritt des Präsidenten im Europa-Wahlkampf im Auge. Doch es kam anders. Die Zuspitzung der politischen Krise und der Zustand der französischen Staatsfinanzen ließen keine Zeit für eine solche Machtdemonstration. Nach einer Schätzung des französischen Rechnungshofes unter seinem sozialistischen Präsidenten Pierre Moscovici hat die Konstruktion des EPR von Flamanville insgesamt über 19 Milliarden Euro verschlungen und damit fast das Sechsfache des ursprünglich veranschlagten Kostenrahmens. Der vom neuen Reaktor gelieferte Strom wird nach den Schätzungen des Rechnungshofes zwischen 110 und 120 Euro je Megawattstunde kosten und damit etwa doppelt so teuer sein wie der von den 56 älteren Reaktoren gelieferte. Die „*Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*“ berichtete darüber am 5. Juni nicht ohne Schadenfreude. Jedenfalls haben Macron und seine Leute allen Grund, die verspätete Inbetriebnahme von Flamanville nicht allzu hoch zu hängen.

Niemand redet heute, wenige Tage vor den von Präsident Macron überstürzt

ausgerufenen Neuwahlen zur Nationalversammlung, noch von den Kosten des verunglückten EPR-Projektes in der Normandie. Dann schon eher von den Hunderten von Milliarden, die die Wahlprogramme der aussichtsreichsten Kandidaten kosten würden. Die besten Aussichten hat derzeit das umgetaufte und entdämonisierte Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen und dessen jungen Präsidenten Jordan Bardella. Dessen gutes Abschneiden bei den „Europawahlen“ hat Macrons nur für manche überraschende Entscheidung, die Nationalversammlung aufzulösen, ja ausgelöst. Wobei nicht klar ist, ob diese Entscheidung eine Panikreaktion war oder ein wohlbedachter taktischer Winkelzug. (Um Strategie geht es bei Macron ohnehin nicht.)

Nach den letzten Wählerumfragen vor dem Schreiben dieses Berichts kann das immer noch als „rechts“ verteufelte RN im ersten Wahlgang am 30. Juni mit 35 bis 36 Prozent der Stimmen rechnen. Ob das reicht, um in der Stichwahl am 7. Juli die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen, steht dahin. Gibt es in der Nationalversammlung keine Mehrheit, könnte Emmanuel Macron zurücktreten. Das Programm des RN macht einen ausgesprochen sozialdemokratischen Eindruck. In der Energiepolitik würde sich unter einem Premierminister Bardella vermutlich zunächst wenig ändern. RN möchte das von Macron angekündigte Programm zum Bau neuer KKW von Typ EPR noch beschleunigen: 10 neue Reaktoren ab 2031 und noch einmal 10 weitere ab 2036. Kompetente Industrielle halten diesen Rhythmus für unrealistisch. Angesichts der Probleme mit dem EPR von Flamanville sei es nicht einmal sicher, dass der von Macron angekündigte Bau von sechs EPR im vorgesehenen Zeitrahmen gemeistert wird.

Auf dem Wege von Verhandlungen in Brüssel möchte er überdies so schnell wie möglich aus dem europäischen Merit-Order-Tarifsystem herauskommen und dadurch eine Senkung der Strompreise um 30 Prozent bewirken. Überdies könnte der gleichzeitig angekündigte Preisstopp für Güter des täglichen Bedarfs, wozu auch die Elektrizität gehört, durchaus Investitionsentscheidungen im Energiesektor beeinflussen. Die vorgesehene Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Treibstoffe auf 5,5 Prozent würde übrigens zu einem Ausfall von Staatseinnahmen in Höhe von 12 Milliarden Euro führen. Viel bedenklicher ist die angekündigte Rückkehr zur Rente mit 60 (nach 40 Jahren Vollzeitbeschäftigung) und andere Wahlgeschenke an die werktätigen Bevölkerungsschichten. Es wurde berechnet, dass das im Jahre 2022 veröffentlichte Programm des RN zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 120 Milliarden Euro nach sich ziehen, aber nur 18 Milliarden Euro Einnahmen generieren würde. Allerdings haben Jordan Bardella und Marine Le Pen angesichts der zum Greifen nahen politischen Macht schon begonnen, Wasser in ihren Wein zu gießen, denn bislang konnten sie die Unternehmerverbände MEDEF (Großindustrie) und CGPME (Mittelstand) nicht davon überzeugen, dass ihr keynesianistisch begründetes Ausgaben-Programm in der Lage ist, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Doch statt mit Fragen der Wirtschaft beschäftigt sich die Wahlpropaganda des RN vorwiegend mit den durch die unkontrollierte Masseneinwanderung ausgelösten Sicherheitsproblemen und plädiert für verstärkte Kontrollen

in vielen Bereichen, das heißt letzten Endes für mehr Bürokratie.

Diese Vorsicht wird man in den Forderungen und Ankündigungen der linksradikalen neuen Volksfront (NFP) vergeblich suchen. Die vom Trotzlisten Jean-Luc Mélenchon angeführte bunte Gruppierung aus linken und linksradikalen Gruppen und Grüppchen (von der Antifa über Mélenchons „France Insoumise“ und die übrig gebliebenen Sozialisten des inzwischen kaltgestellten Glucksman-Sohnes Raphaël bis zu den zusammengeschrumpften Grünen) wird im ersten Wahlgang noch immer mit 27 bis 29 Prozent der in Umfragen ermittelten Wählerabsichten hinter dem RN auf dem zweiten Platz, das heißt vor der Präsidentenpartei „Renaissance“ erwartet. Die NFP geht mit der Ankündigung einer veritablen Ausgaben-Orgie auf Stimmenfang: Rente mit 60, Erhöhung des Mindestlohns auf 1.600 Euro im Monat, Indexierung der Gehälter mit der Inflationsrate (Dabei ist der Mindestlohn SMIC längst indexiert), 32-Stunden-Woche für anstrengende Berufe, bezahlte Menstruationspause für die Frauen im gebärfähigen Alter (wer kontrolliert das?), völlige Übernahme der Wärmedämmungskosten ärmerer Familien durch den Staat. Finanzieren möchten die Linksradikalen das Ganze durch eine kräftige Anhebung der Einkommens- und Erbschaftssteuern sowie durch die Einführung einer Sondersteuer auf „Superprofite“. Klare Aussagen zur Energiepolitik und insbesondere zur Zukunft der Kernenergie wird man in den Ankündigungen Mélenchons und seiner Anhänger dagegen vergeblich suchen, denn ein nicht geringer Teil von ihnen träumt von einer zu 100 Prozent „erneuerbaren“, das heißt subventionierten Energieversorgung und einem Verbot der Kernenergie.

Kein Wunder, dass die Pariser Börse nach der Ankündigung dieser „Wohltaten“ in die Knie ging. Der Börsen-Index CAC40 verlor in einer Woche sieben Prozent und der Spread des Zinssatzes zwischen Frankreich und Deutschland wuchs um immerhin 0,2 Prozent. Frankreich steht heute schon mit einer Staatsquote von 57 Prozent des BIP an der Spitze der OECD-Länder. Die Staatsverschuldung macht bereits über 110 Prozent des BIP aus. Die Ausgaben-Pläne der neuen Volksfront würden die Verschuldung des französischen Staates weiter in die Höhe treiben und ihn von den internationalen Kapitalmärkten abhängig machen. Über allem steht schon jetzt die Drohung internationaler Rating-Agenturen, die Note Frankreichs nach den Wahlen herunter zu setzen. Das würde nicht nur die Finanzierung von Wahlgeschenken, sondern auch des Ausbaus der Kernenergie beeinträchtigen.

Für den Fall, dass das RN am 7. Juli in der Nationalversammlung nur eine relative Mehrheit erringt, hat Marine Le Pen bereits den Rücktritt Emmanuel Macrons vom Amt des Staatspräsidenten vorgeschlagen. So würde der Weg frei für die Etablierung klarer Mehrheitsverhältnisse. Gut informierte unabhängige Rechtskonservative vermuten hingegen, Macron habe längst mit dem ihm persönlich gut bekannten Mélenchon in aller Stille ein Regierungsabkommen geschlossen, denn die Stimmen beider Gruppen zusammengenommen würden wohl noch immer ausreichen, um das RN von der Regierung fernzuhalten.

